

Auer Tageblatt

Veröffentlichung nach dem Reichsdruckgesetz vom 1. März 1924. — Druckort: Auer. — Drucknummer: 11. 22.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung nach dem Reichsdruckgesetz vom 1. März 1924. — Druckort: Auer. — Drucknummer: 11. 22.

Telegraphische Anzeiger des Erzgebirges. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1190.

Nr. 181

Donnerstag, den 6. August 1931

26. Jahrgang

Selbsthilfe und Vertrauen auf eigene Kraft

Reichkanzler Brüning's Rede über die Juli-Krise — Große Auslandsanleihe vorerst nicht möglich — Für internationale Zusammenarbeit — Zum Volksentscheid erklärt der Kanzler: „Nicht werden Sie nicht an der Wahlurne leben“

Appell an das deutsche Volk und an das Ausland

Berlin, 4. August. Reichkanzler Dr. Brüning hielt heute abend im Rundfunk die angekündigte Rede. Der Kanzler führte aus:

Meine Damen und Herren!

Heute vor sechs Wochen habe ich mich schon einmal an dieser Stelle an das deutsche Volk gewandt. Damals standen wir unter dem Eindruck des großen historischen Schrittes des Herrn Präsidenten Hoover, durch den Deutschland auf ein Jahr von der Zahlung der Reparationsverpflichtungen befreit werden sollte. Gleich damals habe ich vor der Nation gewarnt, daß wir bei Annahme dieses hochherzigen Planes über die Gesamtheit der uns bedrängenden Nöte hinweg seien. Dieser Sorge hat die Entwicklung der Zwischenzeit Recht gegeben. Das deutsche Volk hat die über alle Schichten hereinbrechende schwere Prüfung mit vorbildlicher Ruhe über sich ergehen lassen und keinen natürlichen Sinn für Ordnung und Führung bewahrt, der die verdiente Anerkennung der ganzen Welt gefunden hat. Die deutsche Öffentlichkeit hat dabei ein Recht darauf, von der Reichsregierung über

die Geschehnisse der letzten Wochen

unterrichtet zu werden, zumal die berufene Volksvertretung, der deutsche Reichstag, in staatsmännischer Einsicht dem Wunsch der Reichsregierung gefolgt ist und von einer Sommertagung in diesen Krisenmonaten Abstand genommen hat. Die Reichsregierung mußte in den vergangenen Monaten in ihren Maßnahmen, vor allem in der Reparationspolitik, ohne Rücksicht auf Agitationsbedürfnisse behutsam vorgehen, weil sie sich gewisser, in der Lage unseres Geldmarktes bedingter Gefahren bewußt war. Diese Politik wurde vielfach nicht verstanden. Daher haben sich für Außenstehende die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse in den letzten sechs Wochen geradezu überfüllt.

Der Hoover-Plan

Er in seinem wesentlichen Inhalt Wirklichkeit geworden, wenn auch seine mehrwöchige Verzögerung schwere Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft ausgeübt hat. Die in diesen Wochen erfolgte Entziehung kurzfristiger ausländischer Kredite in Milliardenhöhe aus den deutschen Banken bedeutet für unsere Volkswirtschaft einen plötzlichen und gefährlichen Blutverlust. Starke Störungen des Zahlungsverkehrs und Erschütterungen des gesamten Wirtschaftslebens waren die naturgemäße Folge.

Ein bedeutsames Fortschritt ist aber als Ergebnis dieser Krise unverkennbar. Heute ist sich die gesamte Welt darüber einig, daß die Geschichte der Völker miteinander auf das Engste verflochten sind, daß Störungen im Organismus eines so großen Wirtschaftskörpers wie Deutschland nicht ohne ernste Folgewirkungen auch im Ausland bleiben können. Kein Politiker kann mehr die Möglichkeit des Soges bezweifeln, daß die Not eines Volkes nicht der Vorteil der anderen sein kann. Vor sechs Wochen sagte ich deshalb, daß das Gedeihen Europas und der Welt davon abhängt, daß diejenigen, die ein tragisches Geschick im Weltkrieg zu Feinden werden ließ, nunmehr weisheitsvoll zu den Entschlossenen sich aufstellen, welche die gemeinsam bestimmende Not von ihnen fordert. Ich sagte insbesondere, daß sich die deutsche Regierung bewußt sei, welche wichtige Rolle der zukünftigen

Gestaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland

zu sein. Aus solchen Erwägungen, die trotz aller Hindernisse in heutigem Maße bei den entscheidenden Faktoren sich durchzusetzen beginnen, ist es inzwischen zu dem deutschen Staatsbesuch in Paris gekommen, dem sich alsdann die Ständigen-Konferenz in London anschloß. Dieser Konferenz folgten die Besuche der amerikanischen und englischen Staatsmänner in der Reichshauptstadt. Morgen abend begeh ich mich in Begleitung des Herrn Reichsaußenministers nach Rom. Hoffentlich werden wir in einiger Zeit den in Paris aufgenommenen deutsch-französischen Gedankenaustausch bei dem Gegenbesuch der französischen Staatsmänner in Berlin in freimütiger Weise fortsetzen. Die Ergebnisse dieser außenpolitischen Besprechungen sind naturgemäß nur erste Schritte auf einem Wege, an dessen Ende nach unserer Hoffnung eine dauerhafte internationale Kooperation stehen soll. Zwischen den Entschlossenen der beiden Nationen sind naturgemäß nur erste Schritte auf einem Wege, an dessen Ende nach unserer Hoffnung eine dauerhafte internationale Kooperation stehen soll. Zwischen den Entschlossenen der beiden Nationen sind naturgemäß nur erste Schritte auf einem Wege, an dessen Ende nach unserer Hoffnung eine dauerhafte internationale Kooperation stehen soll.

Was bisher auf der Londoner Konferenz erzielte Ergebnis anlangt, so wiederhole ich bekanntes, wenn ich sage, daß zunächst bei der Reichsbank bewilligte 400-Millionen-Kredit für drei Monate erneuert worden ist, daß durch gemeinsamen Beschluß der beteiligten Regierungen und durch Einwirkung auf die heimischen Banken weiteres Abzug von Krediten aus Deutschland verhindert

worden ist, und daß schließlich ein Komitee erster Bankfachverständiger in den nächsten Tagen beraten soll, um die Frage weiterer deutscher Kreditbedürfnisse zu prüfen und geeignete Vorschläge zu machen.

Eine durchgreifende Finanzhilfe großen Stils — ich trage keine Bedenken, dieses festzustellen — ist damit einstweilen nicht erreicht.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde da und dort von einer umfassenden Auslandsanleihe gesprochen und der deutschen Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie aus mißverstandenen Prestige-Gründen den Anleihegedanken nicht ernst genug verfolgt hätte. Dieser Auffassung ist die Reichsregierung bereits mit Nachdruck entgegengetreten.

Ich stelle erneut fest, daß eine große Auslandsanleihe augenblicklich und für geraume Zeit außerhalb der realpolitischen Möglichkeit liegt.

Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Ein Hindernis liegt insbesondere in der Tatsache, daß zu einer solchen Anleihe die Garantie mehrerer großer Länder verlangt wird, deren Zustimmung zu erreichen teils aus staatsrechtlichen, teils aus finanztechnischen Gründen zurzeit ausgeschlossen ist.

Darum ist vorerst Deutschland und seine Wirtschaft auf Selbsthilfe und auf das Vertrauen in seine eigene Kraft angewiesen.

Niemand möge hierbei die Beforgnis haben, daß diese Stellungnahme der Reichsregierung der Ausführe eines überstiegenen Nationalismus sei. Keiner kann von der internationalen Interessensverschiedenheit aller Länder überzeugt sein als die deutsche Reichsregierung. Es ist ausgeschlossen, daß wir Deutschland mit einer chinesischen Mauer umgeben könnten, innerhalb der das deutsche Volk unter Befriedigung seines eigenen Bedürfnisse ausschließlich eigenem Handel und Wandel nachgehen könnte. Deutschlands Wirtschaft ist und bleibt auf enge handelspolitische Zusammenarbeit mit dem Auslande angewiesen. Ohne Handeln ist die Reichsregierung schon vor und während der Pariser und Londoner Verhandlungen daran gegangen, die Folgen aus dieser Sachlage zu ziehen. Einem gewissen Rückschlag haben die erforderlichen ersten mehr technischen Sanierungsmaßnahmen am vergangenen Sonnabend gefunden. Ich erwähnte vorhin die Schwierigkeiten, in die ein Teil der Großbanken durch die plötzliche Abziehung großer kurzfristiger Kredite gekommen war. Bei der Bedeutung, die die Großbanken in der gegenwärtigen Struktur unseres Bankwesens für die deutsche Wirtschaft haben, waren schnelle Entschlüsse der Reichsregierung notwendig. Sie kennen die Maßnahmen, die vor einigen Wochen hinsichtlich der Darmstädter und Nationalbank und in den letzten Tagen hinsichtlich der Dresdener Bank ergriffen worden sind. Auch in personeller Hinsicht werden geeignete Schritte erfolgen. Die Einsetzung von Bankleitern gab der Reichsregierung und den beteiligten Wirtschaftskreisen die Möglichkeit, mit Sorgfalt und im engen Zusammenwirken mit der Reichsbank und berufenen Sachverständigen des In- und Auslandes alle die Maßnahmen vorzubereiten, die für eine planmäßige Wiederherstellung des Zahlungsverkehrs erforderlich waren. Ein wesentliches Glied in der Kette solcher Maßnahmen war

die Schaffung der Akzept- und Garantiebank,

die als neuer Garantieträger der ersten deutschen Bankhäuser erst die Voraussetzungen für die Reichsbank durch Vergabe einer weiteren Wechselunterstützung zur Herausgabe der erforderlichen Noten in Stand zu setzen. Durch die letzten Entschlüsse vom vergangenen Sonnabend wurde erreicht, daß vom morgigen Mittwochs an der Geldumlauf im In- und Überweisungsvorteil bei den Banken wieder in Gang gesetzt werden kann. In Verbindung damit waren einschneidende Bestimmungen zur Verhinderung der Kapitalflucht und für den Verkehr mit ausländischen Devisen erforderlich. Aus der Schärfe der Bestimmungen, die bis zur Befreiung von Justizhausstrafen bei ehebrecher Verhalten und schweren Verbrechen gegen diese Vorschriften geben, möge man

die Entschlossenheit der Reichsregierung

entnehmen, volksförmlichen Sonderwünschen auf dem Kapitalmarkt in dieser allgemeinen Notzeit auf das Entschiedenste zu begegnen.

Gewiß ist richtig, daß bei der in Aussicht genommenen vorübergehenden Devisenwirtschaft durch die Bundesfinanzämter in Einzelfällen schärfere Härten eintreten können. Die Reichsregierung ist entschlossen, dafür zu sorgen, daß diese durch die Not der Zeit erzwungenen Maßnahmen bei aller Schärfe ihrer Durchführung nicht wirtschaftsstörend wirken. Mit den dargelegten Maßnahmen ist das zurzeit Notwendige geschehen, um den Geldumlauf von morgen ab wieder gewohnten Verhältnissen anzunähern.

Ich will nunmehr auf einige besonders wichtige Einzelheiten eingehen.

Was, was Reichspräsident und Reichsregierung in diesen Wochen erdulden mußten, hat mit Inflationseinsatz nicht das mindeste zu tun.

Vielen, vielleicht den meisten meiner Zuhörerinnen und Zuhörer, sage ich damit nichts Neues. Immerhin mag diese meine Feststellung zur Beruhigung des einen oder anderen aufgeregten Gemütes beitragen. Wir leiden keinesfalls an einem Zuviel an umlaufenden Zahlungsmitteln. Darum ist eine Sorge, als ob das teuer verdiente und ersparte Geld, da und dort angelegt, in Gefahr sei, seinen Wert wie in der Inflationszeit einzubüßen, durchaus gegenstandslos. Im Gegenteil, die Überzeugung liegt nahe, von seinem Guthaben möglichst wenig abzuhäben, ja, es, wenn möglich, noch zu erhöhen, weil die Kaufkraft des Geldes steigt. Die Wiederherstellung des Zahlungsverkehrs hat auch den Sinn einer Frage an das deutsche Volk selbst, der Frage nämlich, ob es in Selbstbestimmung auf seine eigene Kraft und Würde entschlossen ist, an der Gesundung des Zahlungsvorganges und Wirtschaftsgeschehens aktiv teilzunehmen. Notverordnungen und ergänzende Vorschriften können nur die erforderlichen technischen Maßnahmen ergeben, um Störungen der Wirtschaft zu überwinden. Die Maßnahmen mit Inhalt und Wirklichkeit zu erfüllen, ist Sache eines aufgestellten Wirtschaftsvolkes selbst.

Sie können auch sicher sein, daß wir nicht nur an die Großstädte, sondern mit der gleichen Sorgfalt auch an

die Wirtschaftsvorgänge in der Provinz, in Mittelstädten und auf dem Lande

denken, wenn wir auch nicht vermeiden können, daß da und dort noch Übergangsschwierigkeiten auftreten. Bares Geld in einem Augenblick beanspruchen, wo es nicht unbedingt benötigt wird, ist ein Ausfluß unbegründeter Nervosität, aber nicht wirtschaftlich richtigen Denkens. Sowohl der Gesamtwirtschaft des Volkes als auch den eigenen Interessen gegenüber ist es falsch, Bargeld früher abzurufen, als es tatsächlich benötigt wird. Wenn unsere heutige Aussprache eine wechselseitige sein könnte, würde mir vielleicht von manchem Gewerbetreibenden und mancher Hausfrau der Zutritt entgegenstehen, wie es mit dem

Geldverkehr der Sparkassen

aussehe. Daher auch hierzu ein offenes Wort. Es ist richtig, daß wir zunächst davon absehen mußten, den vollständigen freien Kassenverkehr bei den Sparkassen so wie bei den Banken schon von morgen ab in Wirksamkeit treten zu lassen. Das aber hängt mit dem Wesen und der Zweckbestimmung der Sparkassen zusammen. Die Sparkassenvermögen sind so sorgfältig als möglich angelegt, und zwar in erster Linie in der Anlageform, die man für die Sicherheit hält, d. h. in erstklassigen Hypotheken. Die Sicherheit einer solchen Anlage muß aber zunächst damit erkauft werden, daß die angelegten Gelder nicht täglich in beliebiger Höhe zumutbar gemacht werden können, weil Hypotheken ihrem Wesen nach langfristige Anlagen sind. Das muß eine Sparkasse einfach mit in Kauf nehmen, denn sie ist ja ein Institut, das ersparte Vermögen mit einem Höchstmaß von Sicherheit verwaltet und nicht etwa eins, das tägliche Gelder demirchschaffen soll. Gewiß ist dieses Wesen der Sparkassen, insbesondere mit Rücksicht auf die Kreditbedürftigkeit des kleinen Mannes, nicht überall aufrecht erhalten worden, und ein Teil der Sparkassen hat mehr oder weniger neben diesem Hauptzweck auch nach die Tätigkeit von Banken, also dem täglichen Bedürfnis, mit übernommen. Weil das so ist und weil dieser Dienst insbesondere den kleinen Handwerkern und Gewerbetreibenden unentbehrlich ist, hat die Reichsregierung und Reichsbank in voller Übereinstimmung mit der deutschen Staatszentrale und den Sparkassen alles vorbereitet, um auch bei den Sparkassen den unbeschränkten Zahlungsverkehr in einem nahen Zeitpunkt wieder herzustellen. Diese Dinge sind im Augenblick in Arbeit. Noch in dieser Woche muß und wird Klarheit über den Termin der

Wiedereröffnung des unbeschränkten Zahlungsverkehrs

im Rahmen der Satzungen bei den Sparkassen geschaffen werden. Die Lage, wie sie nun einmal hauptsächlich durch den Abzug der Auslandsgelder entstanden ist, zwang uns, das Problem der Großbanken zunächst in Angriff zu nehmen.

Aber der Eindruck, als ob Reichsregierung und Reichsbank weniger großes Interesse für mittlere und kleinere Wirtschaftskreise haben oder eine vielleicht da und dort aufgetauchte Kritik aus dieser Lage heraus nicht völlig abwegig. Schon die Voraussetzung dieser Ansicht ist unrichtig. Denn die Ordnung der deutschen Großbanken kommt keineswegs nur oder überwiegend den großen Firmen und Kunden zugute. Die Gläubigergruppen, die bei einer endgültigen Erschütterung jener Banken zu Schaden gekommen wären, hätten sich auf viele Hunderttausende und zweifellos zum größten Teile auf mittlere und kleine Wirtschaftskreise, auf Gewerbetreibende und Handwerker ausgewirkt. Weit über 1000 Genossenschaften und Genossenschaftsbanken haben mit der einen der in Frage kommenden Großbanken in inniger Beziehung und wären von der Erschütterung unmittelbar und deutlich betroffen worden. Das besondere Eingreifen der Reichsregierung in diesem Fall war eine ausgesprochene Mittelstandsmäßigkeit. Selbstverständlich kann die Reichsregierung nicht darauf verzichten, längst überlegte Maßnahmen auf dem Gebiete des gesamten Kredit- und Kapitalverkehrs und des Wirtschaftsgeschehens. Diese Erklärung bedeutet keinen Schlag gegen das freie Bankgewerbe. Aber nachdem einmal der Staat auf dringendes